

Bonn, 28.11.2022

Landtag Nordrhein- Westfalen

Anhörung von Sachverständigen des Ausschusses für Kultur und Medien am 1. Dezember 2022

„Unterstützung jetzt! Die Energiekrise darf nicht zur Krise der Kultur werden.“

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/971

Stellungnahme für den Fonds Soziokultur e.V.

Kurt Eichler, Vorsitzender

Überlagerung von Krisen

Wenn von den Belastungen der Energiekrise für die Kultur die Rede ist, dann muss auch über die Folgen der Corona- Pandemie und ihrer Restriktionen für diesen Sektor gesprochen werden – und natürlich auch über die aktuelle Inflation. Diese drei Krisen überlagern sich und verstärken den Druck auf die Kunst- und Kulturszene in einem bisher nicht gekannten Ausmaß – bundesweit, aber eben auch in dem Land mit der dichtesten Kulturlandschaft in Deutschland: Nordrhein-Westfalen, wozu neben dem öffentlich getragenen Kulturbetrieb seit den siebziger Jahren eine große kreative freie Kulturszene mit Einrichtungen, Festivals und Projekten beiträgt. Es sind nicht nur die gestiegenen Energiekosten und der befürchtete Mangel an Energie überhaupt, der den Kunst- und Kulturbetrieb und seine Akteure bedroht, sondern eine Reihe weiterer Faktoren. Hier die Wichtigsten: die gesunkenen Publikumszahlen und damit gravierende Verluste bei den für die Einrichtungen und die Kunstschaffenden existenziellen Eigeneinnahmen, wobei Preiserhöhungen bei geringerer Nachfrage eher kontraproduktiv sind; der Mangel an technischen Fachkräften, da viele von ihnen während der Pandemie den unter Schließungen leidenden Sektor verlassen haben; schließlich die allgemeinen Preissteigerungen nicht nur im Energiebereich. All dies summiert sich zu einem Krisenszenario, wie es die Kultur in den vergangenen Dekaden noch nie erleben musste.

Während der Pandemie konnten die Kultureinrichtungen sowie die dort fest oder freiberuflich Beschäftigten auf staatliche Hilfsprogramme zurückgreifen. Diese sind nicht nur ausgelaufen, sondern aktuell fordern die Behörden in Nordrhein- Westfalen die seinerzeit als „Zuschuss“ deklarierten Geldern in aufwändigen Prüfverfahren von den Solo- Selbständigen – im Kultursektor zahlreich vertreten – zurück, und dies in einer Zeit, wo gerade für diese Personengruppen auch die Auftragslage – wie bereits unter Corona – wieder einbricht. Allein ein Aussetzen dieser Maßnahmen würde für viele Kulturschaffende eine erhebliche materielle (und emotionale) Entlastung bedeuten.

Der Fonds Soziokultur hat mit Hilfe von Neustart- Bundesmitteln in der Pandemie Programme aufgelegt, die nicht allein der kurzfristigen Absicherung von Existenzen von Kulturschaffenden



oder Einrichtungen dienen. Denn die Förderung war verbunden mit neuen (krisenangepassten) Umsetzungskonzepten für Angebote der kulturellen Teilhabe vor Ort. Mit themenspezifischen Ausschreibungen sowie der Förderung neuer Formate konnten so Unterstützungsleistungen und fachliche Weiterentwicklung miteinander verbunden werden. Eine Evaluation dieses Förderansatzes aus der ersten Phase der Pandemie hat seine positive Wirkung eindrücklich belegt.¹ In dem darauf aufbauenden Neustart- Programm „Profil: Soziokultur“ zielt der Fonds derzeit über die Förderung von Veränderungsprozessen auf die Stabilisierung und Revision von Einrichtungen der Soziokultur. Herausforderungen wie Nachhaltigkeit, Diversität, neue Netzwerke oder die Reorganisation von Programm- und Personalstrukturen sowie die Zielgruppenansprache werden u.a. mithilfe externer Expertise, interner Entwicklungsprozesse und Prototypen für neue Angebote systematisch bearbeitet. Das Prinzip der Projektförderung wird beim Programm „Profil: Soziokultur“ für eine Entwicklungsdynamik genutzt, die die Transformation und Krisenresilienz im sozio- kulturellen Arbeitsfeld unterstützen soll.

Entlastung bei Energiekosten überlebens-notwendig

Der Kunst- und Kultursektor befindet sich in einer dramatischen Situation, und insofern kommt der Antrag der SPD- Fraktion – genauso wie andere vergleichbare Initiativen -, bei den Energiekosten für Entlastung zu sorgen, zur richtigen Zeit. Was zur Pandemie richtig war, sollte jetzt nur billig sein. Die angekündigten staatlichen Entlastungsmaßnahmen müssen natürlich auch im Kulturbereich greifen, wobei die angekündigte Gaspreisbremse berücksichtigen sollte, dass Kulturinstitutionen räumlich und betriebstechnisch ganz andere Dimensionen haben als normale Haushalte und Betriebe. Die derzeit gehandelten Prozentanteile für Preisgrenzen führen quantitativ immer noch zu überproportionalen Belastungen durch die dadurch nicht abgedeckten Energiekosten. Hier wäre nachzusteuern bzw. eine am gesamten Verbrauchsvolumen angepasste Regelung notwendig, um eine effiziente Entlastung für den Kunst- und Kulturbetrieb zu erreichen. Nach einer Prognose des Deutschen Kulturrats machen Strom- und Gaskosten bis zu 15 Prozent der Gesamtausgaben von Kultureinrichtungen aus. Bei Kostensteigerungen von bis zu 300 Prozent kann man sich die außergewöhnlichen Belastungen der Etats vergegenwärtigen.² Deckungsmöglichkeiten sind kaum vorhanden, und der „ökologische Fußabdruck“ wird nicht überall kurzfristig um 20 Prozent reduziert werden können. An dieser Stelle soll jedoch deutlich unterstrichen werden: Kultureinrichtungen müssen alle Anstrengungen und ungewöhnliche Maßnahmen unternehmen, um Energie einzusparen. Wo dies möglich ist, geschieht dies aus Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und für das Klima, auch wenn aktuell der Druck der Energiepreise die dringendste Herausforderung darstellt.

Was berücksichtigt werden muss: Es gibt die unterschiedlichen Trägerstrukturen im Kulturbereich. Neben den staatlichen und kommunalen Einrichtungen sind es zivilgesellschaftlich- gemeinnützige und private Unternehmungen, die das breite Kulturleben in Nordrhein- Westfalen organisieren. Während die erste Gruppe durch die Pandemie zwar

¹ Fonds Soziokultur/Institut für Kulturpolitik (Hg): Menschen machen Kultur, Evaluation des Sonderprogramms NEUSTART KULTUR des Fonds Soziokultur 2022

² Olaf Zimmermann, Gabriele Schulz: Extrawurst für die Kultur? in: Politik Kultur. Zeitung des Deutschen Kulturrats, November 2022, S. 3

ebenfalls von Restriktionen betroffen war, war sie jedoch in ihrer Existenz nicht so bedroht wie es der freie Kunst- und Kulturbereich trotz der Corona- Hilfen und der Billigkeitsleistungen war und immer noch ist. Die Zugehörigkeit zu einer öffentlichen Körperschaft bedeutet auch eine relativ große Sicherheit, die - trotz aller wohlmeinenden Appelle zur Resilienz - den freien Kulturträgern bislang fehlt. Die Energiekrise ist eine vergleichbar dramatische Situation, und insofern muss ein besonderer Fokus auf die kleineren Kunst- und Kultureinrichtungen in zivilgesellschaftlicher Verantwortung und ohne „Schutzschirm“ gerichtet sein, um die hohen Belastungen durch die Energiekrise zu bewältigen. Es sind die Adressaten des Fonds Soziokultur, die sozio- kulturellen Zentren, die Jugendkunstschulen, die Medieninitiativen, die Kulturellen Bildungsprojekte, die ehrenamtliche Kulturarbeit in ländlichen Regionen, die interkulturellen Programme und vieles mehr an bürgernaher Kultur, die jetzt eine unbürokratische und schnelle Unterstützung brauchen.

Klimaeffizienz in Kultureinrichtungen – fehlende Rahmenbedingungen

Die aktuellen Energiehilfen sind ein Teil des Antrages der SPD- Fraktion. Der andere hebt auf die energie- und klimaeffiziente Ertüchtigung der Kulturbranche ab. Dies ist eine richtige und zweifellos noch anspruchsvollere Aufgabe als die notwendige Unterstützung beim gegenwärtigen Energienotstand. Wie sehen hier die Perspektiven aus? Wenig verheißungsvoll, wenn man die Situation beurteilt. Natürlich haben in der Vergangenheit Kultureinrichtungen von einzelnen Bundes- und Landesprogrammen profitiert, um mehr Klimaneutralität zu erreichen und Energie einzusparen. Dies betrifft öffentliche und freie Institutionen gleichermaßen, und auch die investiven Mittel u.a. im Rahmen von NEUSTART Kultur sind durchaus für diese Zwecke eingesetzt worden. Aber von einem systematischen Umbau kann nicht die Rede sein. Ein wirklich durchgreifendes Handlungskonzept mit klaren Parametern für den Kulturbereich, das Kommunen, freie Träger und Einrichtungen einbindet, gibt es nicht, auch nicht in Nordrhein- Westfalen. Die allermeisten Kulturverwaltungen melden bei diesem Thema Fehlanzeige.

Eine jüngere Umfrage des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft legt dieses Defizit offen.³ Zwar befinden sich die Kulturverwaltungen hinsichtlich Nachhaltigkeit und Klimawandel in einer Sensibilisierungs- und Findungsphase, aber es fehlt komplett an quantifizierten und qualifizierten Oberzielen und Zeitschienen. Nur in wenigen kommunalen Kulturverwaltungen sind zudem explizit Haushaltsmittel für Klimaschutz oder Kultur und Nachhaltigkeit ausgewiesen bzw. überhaupt angedacht. Wenn schon die Kulturverwaltungen für ihren unmittelbaren Verantwortungsbereich selbst kaum Etatpositionen haben, dann gilt dies erst recht für die freien Kulturakteure, die aus eigener Kraft die aufwändigen energieeffizienten Maßnahmen nicht stemmen können. Aber Kulturförderprogramme für Klimaschutzinvestitionen freier Träger sind in den kommunalen Haushalten ebenfalls kaum aufgesetzt.

Die Untersuchung konstatiert, dass Maßnahmenkataloge, Aktionsprogramme oder gar integrierte Handlungskonzepte auf kommunaler Ebene weitestgehend nicht vorhanden sind.

³ Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.: Nachhaltige und klimagerechte Kulturpolitik. Auswertung einer Befragung klimaaktiver Kommunen, Bonn 2021; auch Ralf Weiß: Klimawandel als Aufgabe von Kulturverwaltungen, in: Kulturpolitische Mitteilungen, III/ 2022, H. 178, S. 69 ff.

Als Resumé werden der überörtliche Austausch, Modellvorhaben, die Kommunikation von best practice- Beispielen und die Vernetzung vorgeschlagen. In Nordrhein- Westfalen, wo vor allem die Kommunen den Kulturbetrieb unterhalten oder fördern, sollte das Land solche Informations- und Beratungsleistungen für Kultureinrichtungen und Kulturakteure bündeln und ausreichende Mittel für die Unterstützung des klimagerechten und energieeffizienten Umbaus der kulturellen Infrastruktur bereitstellen – und zwar für die kommunalen und die frei organisierten Kultureinrichtungen. Das kürzlich vom Kulturministerium angekündigte Landesprogramm „Ökokult NRW“ ist ein Signal in die richtige Richtung, aber angesichts seiner finanziellen Ausstattung und der großen Breite der spezifischen Aufgaben, die damit angegangen werden sollen, werden die 10 Mio. Euro für eine nachhaltige Kulturinfrastruktur wieder nur für exemplarische Maßnahmen anstatt für eine Wirkung in der Fläche ausreichen.

Die Bereitschaft für mehr Landesengagement sollte vorhanden sein. Das vor einem Jahr verabschiedete Kulturgesetzbuch NRW widmet den Nachhaltigkeitsaspekten einen eigenen Paragraphen (§ 11). Beim Betrieb von Kultureinrichtungen, bei der Durchführung von Kulturveranstaltungen und in der Kulturförderung sind ökologische Fragestellungen zu berücksichtigen und möglichst klimaneutral auszugestalten, so das Gesetz. In der Koalitionsvereinbarung für die jetzige Landesregierung heißt es: „Wir unterstützen alle Beteiligten der Kulturbranche bei der ökologischen Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit und für einen klimafreundlichen Betrieb.“ Eine Plattform wie den „Kultur- Nachhaltigkeits- Desk“ und die Einrichtung eines „Kultur- Nachhaltigkeits- Fonds“ sollen landesseitig unterstützt und gefördert werden. Dem politischen Willen müssen jetzt Taten folgen. Mit Sorge muss man allerdings zur Kenntnis nehmen, dass die Kulturministerin vom zentralen Versprechen im Koalitionsvertrag abgerückt ist, den Kulturhaushalt in der laufenden Legislaturperiode schrittweise um fünfzig Prozent zu erhöhen und bereits für das kommende Haushaltsjahr – dem ersten der neuen Landesregierung – den erwarteten linearen Aufwuchs nicht in Aussicht stellt. Diese Botschaft ist in einer Zeit enttäuschend, in der die Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstler und andere Kulturschaffende durch die Energiepreisexplosion, die galoppierende Inflation und die Nachwirkungen der Corona- Pandemie unter Druck sind wie nie zuvor. Gerade jetzt wäre eine überdurchschnittliche Erhöhung des Kulturetats nötig, um die Folgen dieser existenzbedrohenden Situation abzuwenden. Aber anstatt der erwarteten 30 Millionen Euro sollen nur 6 Millionen zugewendet werden. Ein Lichtblick ist immerhin der auf Bundesebene angekündigte „Kulturfonds Energie“ im Umfang von 1,8 Milliarden Euro, mit dem laufende Energiekosten sowie energetische Investitionen von Kultureinrichtungen unterstützt werden sollen.

Dimensionen der Kulturinfrastruktur kritisch überprüfen

Dabei erfordert der klimagerechte Umbau der kulturellen Infrastruktur ein Mehrfaches selbst des ursprünglich annoncierten Betrages und ist nur mittel- bis langfristig zu erreichen. Der Renovierungstau in den Kultureinrichtungen ist seit Jahren legendär, und energiesparende und klimaneutrale Maßnahmen sind sinnvollerweise mit solchen Sanierungen zu verbinden. Dies gilt insbesondere für kulturell genutzte Gebäude der alten Industrien, die in Nordrhein- Westfalen nahezu flächendeckend vorhanden sind. Für sie können z.T. aus Gründen des Denkmalschutzes energetische Konzepte nicht greifen oder werden verhindert (z.B. Dämmung, Installation von Photovoltaik oder Wärmepumpen). Häufig werden solche

Immobilien von sozio- kulturellen Zentren und Initiativen genutzt, von freien Theatern und anderen Kulturprojekten. Sie sind gegenwärtig mit mehr als einer Verdopplung der Energiekosten konfrontiert, die nicht mehr geschultert werden können und finanziell zulasten der künstlerischen und kulturellen Arbeit gehen. Ausgleichsrücklagen für solche Notlagen sind nicht vorhanden und können aufgrund von Förderbestimmungen nicht gebildet werden. Diese Spirale führt zu einem Ausbluten der freien künstlerischen und auf zivilgesellschaftlichem Engagement beruhenden Szene in Nordrhein- Westfalen. Dabei handelt es sich nicht um Dinosaurier des Kulturbetriebes, sondern um kleinere, mit ihren unmittelbaren Standorten und Nachbarschaften verbundene Einrichtungen, die viel zur Lebensqualität abseits der Metropolen mit ihren Kulturskylines beitragen, etwa im suburbanen und ländlichen Raum. Sie setzen auf Dezentralität und Partizipation, haben überschaubare Raumkubaturen und Betriebskosten und reduzieren den Mobilitätsaufwand für die Nutzerinnen und Nutzer. Insofern ist zu fragen, ob nicht solchen Infrastrukturmodellen auch unter dem Aspekt von Klimaschutz und Nachhaltigkeit zukünftig eine hohe Priorität eingeräumt werden muss. Eine konsequente Weiterentwicklung des NRW- Landesprogramms „Dritte Orte“ wäre z.B. auch eine Antwort auf die Herausforderungen der ökologischen und klimagerechten Transformation des Kulturbetriebs.

Insofern macht es durchaus Sinn, Investitionen in die kulturelle Infrastruktur unter den Vorbehalt einer Klima- und Energieverträglichkeitsprüfung zu stellen. Das gilt für Baumaßnahmen insgesamt, aber auch für einzelne Gewerke. Jede Einrichtung, die neu geschaffen oder vergrößert wird, bedeutet dauerhafte Kosten für den laufenden Betrieb. Sie benötigt neben zusätzlichem Personal auch Programmmittel, erfordert baulichen Unterhaltungsaufwand und verbraucht Energie. Der hohe Standard der technischen Ausstattung bei größeren Neubauten etwa für Klimatisierung, Rolltreppen und Aufzüge, Beleuchtung und Brand- und Sicherheitsschutz sowie ihre digitale Steuerung durch ein kompliziertes Gebäudemanagement ist ein wesentlicher Energietreiber. Schon seit längerem sind steigende Energiekosten und ihre Deckung ein Hauptthema bei der Aufstellung der Wirtschaftspläne. Eine Kulturpolitik des „mehr, größer, schöner“ strapaziert die vorhandenen Ressourcen, zumeist auf Kosten des Bestehenden - übrigens einschließlich des Besuchspotenzials, das tendenziell eher ab- als zunimmt. Hier ist ein Umdenken auch und vor allem bei Großprojekten notwendig: Anstelle von flächenmäßiger Quantität wäre klimaeffiziente Qualität angesagt, anstelle von inhaltlicher und gebäudespezifischer Diversifizierung eine Konzentration z.B. durch verstärkte Mehrfach- und Mehrzwecknutzung kultureller Einrichtungen. Eine klimagerechte Kulturpolitik sollte sich bei Bau und Ausstattung ihrer Einrichtungen nicht am technisch Möglichen, sondern am unbedingt Notwendigen orientieren. Nicht von ungefähr haben z.B. alte Museumsgebäude oft eine bessere Klimabilanz als Neubauten der letzten Jahrzehnte mit ihrer hoch differenzierten Technik.⁴

Der Kunst- und Kulturbetrieb steht – wie auch die anderen gesellschaftlichen Bereiche – vor der Herausforderung, einen nennenswerten und nachhaltigen Beitrag zum Klimawandel zu leisten und Energie einzusparen. Diese Aufgabe bestand und besteht unabhängig von der gegenwärtigen Mangellage im Energiesektor. Allerdings hat diese Situation die Dringlichkeit noch einmal unterstrichen. Die Herausforderung betrifft alle Verantwortungsebenen - die

⁴ Stefan Simon: Kein „Weiter so“, in: Politik Kultur, ebd. S. 28

Kulturpolitik, die Künstlerinnen und Künstler, die Kultureinrichtungen sowie auch das Publikum -, sich bewusst und veränderungsbereit für einen klimagerechten Kunst- und Kulturbetrieb einzusetzen.

Aber wir müssen genauso achtgeben, dass nach den massiven Rückschlägen durch die Corona-Pandemie jetzt durch die Energiekrise vor allem der zivilgesellschaftlich organisierten Kulturszene, ihren Einrichtungen und Akteuren, nicht der Atem ausgeht. Nach 50 Jahren Aufbauarbeit wäre dann die „zweite Säule“ des Kulturbetriebes in Nordrhein- Westfalen existenziell gefährdet.

Fonds Soziokultur

Der Fonds Soziokultur e.V. ist einer von sechs selbstverwalteten Bundeskulturfonds. Der Fonds fördert zeitlich befristete Projekte mit Modellcharakter, die exemplarisch für die gesellschaftliche Verankerung von Kunst und Kultur stehen. Leitlinie der Förderung des Fonds ist die Stärkung von Innovation und Kontinuität in der soziokultureller Praxis.

Die Förderung soziokultureller Projekte und Vorhaben soll zur kulturellen Chancengleichheit beitragen und die demokratische Kultur in Deutschland weiterentwickeln. Gefördert werden Vorhaben von Einrichtungen und Initiativen der Kulturellen Bildung, der Breitenkulturarbeit, der Medienkultur und der Soziokultur mit dem Ziel, kulturelle Teilhabe und Mitwirkung zu stärken. Der Fonds unterstützt die Selbstorganisation und Selbstverantwortung der zivilgesellschaftlich getragenen Kulturarbeit.

Die Fördermittel des Fonds Soziokultur werden von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zur Verfügung gestellt.